



**Europäischer Ausschuss
der Regionen**

COTER-VII/024

151. Plenartagung, 10.–12. Oktober 2022

STELLUNGNAHME

Gerechter und nachhaltiger Wandel im Kontext kohle- und energieintensiver Regionen

DER EUROPÄISCHE AUSSCHUSS DER REGIONEN

- begrüßt das Ziel einer klimaneutralen Europäischen Union bis 2050, das einen digitalen und grünen Wandel in den Gemeinden und Regionen Europas erfordert, welcher sich grundlegend auf die Art und Weise auswirken wird, wie die Menschen arbeiten und leben;
- betont, dass das sich verändernde globale Umfeld zu einer Energiekrise geführt hat, die einige Mitgliedstaaten dazu zwingt, vorübergehend auf flexible regionale Lösungen zurückzugreifen, um die Ziele des Programms zu erreichen;
- weist darauf hin, dass die JTF-Programmplanung beschleunigt werden sollte, um die Mittel rechtzeitig zu mobilisieren. Wenn das JTF-Programm 2022 nicht anläuft, besteht die Gefahr, dass die gesamte Jahreszuweisung in Höhe von 25 % der bereitgestellten Mittel verloren geht;
- unterstreicht, dass die Europäische Kommission rechtzeitig die notwendigen Vorschläge für die Kontinuität der JTF-Programmplanung vorlegen sollte; ruft den Mitgesetzgeber nachdrücklich dazu auf, die Regionen angemessen in das künftige JTF-Programm einzubeziehen;
- kommt zu dem Schluss, dass die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung unbedingt in die Umsetzung aller Instrumente einbezogen werden müssen. Die Suche nach den auf regionaler Ebene geeignetsten und wirksamsten Mitteln kann nur erfolgreich sein, wenn die Regionen und Städte in alle Phasen der Planung und Umsetzung einbezogen werden.

Hauptberichterstatte

Sari Rautio (FI/EVP), Vorsitzende des Rates des Gesundheitsbezirks Häme

Referenzdokument

Befassungsschreiben des tschechischen Ratsvorsitzes vom 16. Juni 2022

**Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen –
Gerechter und nachhaltiger Wandel im Kontext kohle- und energieintensiver Regionen**

I. POLITISCHE EMPFEHLUNGEN

DER EUROPÄISCHE AUSSCHUSS DER REGIONEN

1. begrüßt das Ziel einer klimaneutralen Europäischen Union bis 2050, das einen digitalen und grünen Wandel in den Gemeinden und Regionen Europas erfordert, welcher sich grundlegend auf die Art und Weise auswirken wird, wie die Menschen arbeiten und leben;
2. stellt fest, dass der gerechte Übergang aufgrund des von Russland im Februar 2022 begonnenen Angriffskriegs noch schwieriger und zugleich dringlicher geworden ist, da Europa in kurzer Zeit seine Abhängigkeit von externen Energielieferungen verringern muss; unterstreicht, dass der Übergang zu einer emissionsarmen Gesellschaft unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der schwächsten Mitglieder der Gesellschaft durch Schaffung neuer Arbeitsplätze und gleicher Chancen in ländlichen und kohleabhängigen Regionen erfolgen muss;
3. begrüßt, dass die Mitgliedstaaten 74 Pläne vorgelegt haben, die alle auf den unterschiedlichen Gegebenheiten in den jeweiligen Regionen beruhen; betont, dass das sich verändernde globale Umfeld zu einer Energiekrise geführt hat, die einige Mitgliedstaaten dazu zwingt, vorübergehend auf flexible regionale Lösungen zurückzugreifen, um die Ziele des Programms zu erreichen;
4. beklagt die schwerfälligen Genehmigungsverfahren für die Pläne und betont, dass einige Regionen Probleme bei der zeitgerechten Planung und Durchführung von Projekten haben, da der größte Teil der insgesamt verfügbaren Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität für den Zeitraum 2021–2023 bestimmt ist, was kaum Spielraum für eine nachhaltige Umsetzung von Projekten bis Ende des Programmplanungszeitraums lässt; bedauert, dass nur ein Bruchteil der Programme von der Kommission bewertet und genehmigt wurde, und fordert die Kommission auf, eine Verlängerung der Frist zur Ausgabe derjenigen Mittel für den Fonds für einen gerechten Übergang (JTF) in Erwägung zu ziehen, die aus der Aufbau- und Resilienzfazilität stammen;
5. vertritt die Auffassung, dass ausgehend davon der Zeitrahmen für die Umsetzung des Fonds überprüft werden sollte, um dessen Erfolg zu gewährleisten;
6. betont, dass der JTF durchgängig in der Kohäsionspolitik berücksichtigt werden sollte, damit Synergien und Ausstrahlungseffekte in vollem Umfang genutzt werden können;
7. erinnert daran, dass sich der gerechte Übergang auf solche Regionen konzentrieren muss, in denen der Wandel tiefgreifender und die damit verbundenen Risiken größer sind, da die Ausgangslage in den Mitgliedstaaten und Regionen sehr unterschiedlich ist; hält fest, dass der Erfolg des Fonds von den größten Empfängerländern Polen und Deutschland abhängt, auf die zusammen mit knapp 33 % etwa ein Drittel des gesamten Fonds entfällt. Auch Rumänien, Tschechien und Bulgarien sind bedeutende Nutznießer des Fonds. Auf die genannten

fünf Mitgliedstaaten entfällt zusammen knapp 60 % der Fondsmittel. Der Erfolg des gesamten Programms steht und fällt mit der fristgerechten Umsetzung der Pläne dieser Mitgliedstaaten (territoriale Pläne für einen gerechten Übergang);

8. betont, dass im Zusammenhang mit dem JTF unbedingt die aktuelle umfassende Energiekrise berücksichtigt werden muss. Die Energiekrise stellt zumindest kurzfristig gesehen auch eine ernsthafte Bedrohung für einen gerechten und ökologischen Wandel dar. Insbesondere die Energiewirtschaft, die energieintensiven Industriebranchen, das produzierende Gewerbe und die KMU ringen derzeit mit dem enormen Preisdruck, der den grünen Wandel zu einer noch größeren Herausforderung macht; unterstreicht, dass die von der Stahlindustrie angestrebte Kohlenstoffneutralität auch von der Verfügbarkeit von Ökostrom für die Wasserstoffherzeugung und von alternativen Energiequellen als Ersatz für Erdgas abhängt; begrüßt, dass der JTF bei der Verwirklichung dieses Ziels eine Rolle spielen kann;
9. weist darauf hin, dass der JTF zwar kleiner konzipiert ist als die traditionellen Strukturfonds, einige seiner Ziele sich jedoch überschneiden; ruft die Regionen dazu auf, Synergien zwischen den kohäsionspolitischen Programmen zu nutzen;
10. fordert, im JTF als ortsbasiertes Instrument eine stärkere soziale Komponente unter starker Einbeziehung der Sozialpartner einzubauen, und spricht sich dafür aus, den Bottom-up-Ansatz als Hauptelement des Fonds beizubehalten, da jede Region ein einzigartiges sozioökonomisches Ökosystem darstellt;
11. weist darauf hin, dass die Grundlage und die Ziele des JTF solide sind und dass der Fonds für die Regionen, aber auch für die im Übergang befindlichen Industrien von großer Bedeutung ist; daher ist es im Sinne einer wirtschaftlichen Diversifizierung der Gebiete notwendig, den Mechanismus hinsichtlich der förderfähigen Maßnahmen so flexibel wie möglich zu gestalten; verweist darauf, dass die angenommene Verordnung Großunternehmen und Unternehmen im Rahmen des EHS – auch als potenziell Begünstigte der JTF-Verordnung – unterstützt, was ein Unterscheidungsmerkmal mit Blick auf die Strukturfonds darstellt; betont, dass der künftige JTF unter Wahrung des Partnerschaftsprinzips vollständig in die Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen integriert werden sollte. Die für ihn bestimmten Mittel sollten zusätzlich zu den derzeitigen Kohäsionsfondsmitteln bereitgestellt werden;
12. betont, dass angesichts der unterschiedlichen regionalen Übergangsprozesse zur CO₂-Neutralität derartige Anpassungen des Fonds eine Methodik für die regionale Zuweisung von Mitteln beinhalten sollten, die mit einem möglichst umfassenden Anwendungsbereich und mit Kriterien für die geografische Zuweisung seiner Mittel vereinbar ist, die der territorialen Vielfalt der EU besser entspricht;
13. fordert ein klares Bekenntnis zur Schaffung eines JTF 2.0, der eine größere Bandbreite von Regionen einbezieht, die vor der Herausforderung der grünen Transformation der Industrie und des produzierenden Gewerbes stehen, sowie eine breite Diskussion über den Geltungsbereich und den Umfang des Instruments im Rahmen der Vorbereitung des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens;

14. betont, dass die Kombination von EU-Haushaltsmitteln aus dem MFR mit Einnahmen aus der Aufbau- und Resilienzfazilität (von 2021 bis 2023) für die Regionen sowohl bei der Planung als auch bei der Durchführung von Projekten erhebliche Schwierigkeiten mit sich gebracht hat, da der größte Teil der insgesamt verfügbaren Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität für den Zeitraum 2021–2023 vorgesehen ist. Dadurch bleibt wenig Spielraum für eine nachhaltige Umsetzung von Projekten bis Ende des Programmplanungszeitraums;
15. betont, wie wichtig es ist, alle Regionen in der gesamten EU aktiv in die Verwirklichung der Klimaziele für 2030 und 2050 einzubeziehen und niemanden zurückzulassen; fordert den Privatsektor auf, seine Pläne zu aktualisieren, damit der Energiebedarf und die langfristige nachhaltige Entwicklung berücksichtigt werden;
16. geht davon aus, dass sich aufgrund der derzeitigen Energiekrise und der unsicheren weltpolitischen Lage neben der klimafreundlichen Energieerzeugung zunehmend die Frage der Energieversorgungssicherheit stellt. Dieser Aspekt ist besonders für energieintensive Industriebranchen relevant, bestimmt aber letztlich auch den Energieverbrauch der privaten Haushalte;
17. schlägt vor, dass die EU insbesondere die Regionen unterstützt, die am stärksten von fossilen Energiequellen abhängig sind. So soll verhindert werden, dass die Regionen bei künftigen Investitionen weiter auseinanderdriften; betont, dass die verfügbaren EU-Mittel für die Regionen gezielt eingesetzt werden müssen, um deren Ziele bestmöglich zu erreichen;
18. weist darauf hin, dass den Besonderheiten von Inseln und Gebieten in äußerster Randlage, die vor großen sozioökonomischen Herausforderungen stehen, besonders Rechnung zu tragen ist, was vor allem in abgelegenen und stark von fossilen Brennstoffen abhängigen Regionen gilt;
19. verweist in diesem Zusammenhang auf die besondere, bedarfsintensive Situation der Regionen in äußerster Randlage, die aufgrund ihrer geringen Größe, ihrer Ablegenheit und ihrer Isolation in hohem Maße von fossilen Brennstoffen abhängig sind und nicht an das kontinentaleuropäische Netz angeschlossen werden können; diese Regionen wurden jedoch nicht vom JTF berücksichtigt;
20. ist sich bewusst, dass der JTF allein unsere Klimaprobleme nicht lösen wird, aber eine wichtige Rolle dabei spielen kann; unterstreicht, dass er in den verschiedenen Regionen der EU so effizient wie möglich und in ausreichender Höhe für Investitionen eingesetzt werden sollte, um seine Wirksamkeit voll entfalten zu können; weist darauf hin, dass es für die Entscheidungsträger auf lokaler und regionaler Ebene und für Experten, die beispielsweise die Programmplanung für den JTF vorbereiten, schwierig ist, eine Verknüpfung mit größeren, von der Zentralregierung getätigten Investitionen herzustellen oder eine Zusammenarbeit aufzubauen;
21. stellt fest, dass die Energieerzeugung und die Energieversorgung der Kunden (Industrie und Verbraucher) oft in den Händen großer oder sogar multinationaler Unternehmen liegen, was die Zusammenarbeit aus Sicht der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften erschwert;

22. weist darauf hin, dass der ökologische Wandel in der Energiewirtschaft schrittweise verläuft und dass trotz der derzeit intensiven Produktentwicklung und der Erprobung neuer Technologien frühestens in den 2030er Jahren greifbare Ergebnisse vorliegen werden;
23. weist ferner darauf hin, dass uns der möglicherweise lange andauernde russische Angriffskrieg in der Ukraine die Bedeutung der Energieversorgungssicherheit in ganz Europa klar vor Augen geführt hat. Die Versorgungssicherheit muss in den kommenden Jahren bei allen energiepolitischen Lösungen berücksichtigt werden, um das im europäischen Grünen Deal festgeschriebene und begrüßenswerte langfristige Ziel einer sauberen, erschwinglichen und sicheren Energie zu verwirklichen;
24. betont, dass die Ziele des JTF auch den Zielen des später aufgestellten Plans REPowerEU dienen. Die Ziele von REPowerEU sollten auch bei der Umsetzung des JTF in den Mitgliedstaaten und in den Regionen berücksichtigt werden;
25. hält es für notwendig, dass im Hinblick auf einen bestmöglichen gerechten Übergang die bestehenden Finanzierungsinstrumente und -verfahren der EU weiterentwickelt und an unterschiedliche Situationen angepasst werden, damit Synergieeffekte zwischen den verschiedenen Programmen erzielt werden können;
26. weist darauf hin, dass die kohäsionspolitischen Programme kontinuierlich bewertet werden; fordert die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften auf, dafür zu sorgen, dass diese Programme auch zur Verwirklichung eines gerechten Übergangs beitragen;
27. verweist nachdrücklich auf die Notwendigkeit klarer Informationen über mögliche Synergien mit dem ESF+ und anderen ESI-Fonds und fordert die Kommission auf, den betroffenen Regionen zusätzliche fachliche Unterstützung zur Verfügung zu stellen, um die Ziele des Fonds für einen gerechten Übergang zu erreichen;
28. sieht im EFRE und im ESF geeignete kohäsionspolitische Instrumente zur Verringerung der regionalen Unterschiede. Darüber hinaus sollten Synergien genutzt werden, um mit den JTF-Mitteln die besten Ergebnisse zu erzielen;
29. stellt fest, dass die Kohäsionspolitik der EU auf ein besseres wirtschaftliches, soziales und territoriales Gleichgewicht in Europa abzielt. Die Kohäsionspolitik muss die Grundlagen für eine langfristige territoriale Entwicklung schaffen und so dazu beitragen, plötzliche Krisen zu überwinden und die wirtschaftliche Erholung zu fördern; unterstreicht, dass beim Aufbau einer Krisenresilienz den lokalen und regionalen Maßnahmen eine besondere Bedeutung zukommt; weist nachdrücklich darauf hin, dass die langfristigen Ziele der Kohäsionspolitik nicht zurückgestellt werden sollten, wenn eine Krise eintritt;
30. weist darauf hin, dass die JTF-Programmplanung beschleunigt werden sollte, um die Mittel rechtzeitig zu mobilisieren. Die Mittel für die Aufbau- und Resilienzfazilität wurden innerhalb eines Jahres zur Verfügung gestellt. Die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten haben fast drei Jahre am JTF gearbeitet. Wenn das JTF-Programm 2022 nicht anläuft, besteht

die Gefahr, dass die gesamte Jahreszuweisung in Höhe von 25 % der bereitgestellten Mittel verloren geht;

31. unterstreicht, dass die Europäische Kommission rechtzeitig die notwendigen Vorschläge für die Kontinuität der JTF-Programmplanung in Übereinstimmung mit den längerfristigen Klimazielen vorlegen sollte; ruft den Mitgesetzgeber nachdrücklich dazu auf, die Regionen angemessen in das künftige JTF-Programm einzubeziehen, und fordert mehr partizipative Elemente bei der Umsetzung der territorialen Pläne für einen gerechten Übergang, um zu vermeiden, dass Entscheidungen zentral und unter Außerachtlassung der tatsächlichen Bedürfnisse der Regionen getroffen werden;
32. kommt zu dem Schluss, dass die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung unbedingt in die Umsetzung aller Instrumente einbezogen werden müssen. Die Suche nach den auf regionaler Ebene geeignetsten und wirksamsten Mitteln kann nur erfolgreich sein, wenn die Regionen und Städte in alle Phasen der Planung und Umsetzung einbezogen werden.

Brüssel, den 12. Oktober 2022

Der Präsident
des Europäischen Ausschusses der Regionen

Vasco Alves Cordeiro

Der Generalsekretär
des Europäischen Ausschusses der Regionen

Petr Bližkovský

II. VERFAHREN

Titel	Gerechter und nachhaltiger Wandel im Kontext kohle- und energieintensiver Regionen
Referenzdokument	Ersuchen des tschechischen Ratsvorsitzes
Rechtsgrundlagen	Artikel 307 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Geschäftsordnungsgrundlage	Artikel 41 Buchstabe b Ziffer i GO
Befassung durch den Rat/das EP Schreiben der Kommission	16. Juni 2022
Beschluss des Präsidiums/Präsidenten	22. Juli 2022
Zuständige Fachkommission	Fachkommission für Kohäsionspolitik und EU-Haushalt
Berichterstatlerin	Sari RAUTIO (FI/EVP) Vorsitzende des Rates des Gesundheitsbezirks Häme
Analysevermerk	15. Juli 2022
Prüfung in der Fachkommission	–
Annahme in der Fachkommission	–
Ergebnis der Abstimmung in der Fachkommission (mehrheitlich/einstimmig angenommen)	–
Verabschiedung im Plenum	12. Oktober 2022
Frühere Stellungnahme(n) des AdR	COTER-VII/002 – Fonds für einen gerechten Übergang – 139. Plenartagung, 30. Juni–2. Juli 2020 Hauptberichterstatler: Vojko Obersnel (HR/SPE), Mitglied eines Exekutivorgans der lokalen Ebene: Stadt Rijeka
Konsultation des Netzes für Subsidiaritätskontrolle	–